Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 18 / 17 888
Schriftliche Anfrage

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten Marc Urbatsch (GRÜNE)

vom 12. Februar 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 14. Februar 2019)

zum Thema:

Fehlende Straßenbeleuchtung in Moabit?

und **Antwort** vom 25. Februar 2019 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 01. März 2019)

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses sind bei der Kulturbuch-Verlag GmbH zu beziehen.
Hausanschrift: Sprosserweg 3, 12351 Berlin-Buckow · Postanschrift: Postfach 47 04 49, 12313 Berlin, Telefon: 6 61 84 84; Telefax: 6 61 78 28.

Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Herrn Abgeordneten Marc Urbatsch (GRÜNE)
über

den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/17888
vom 12.02.2019
über Fehlende Straßenbeleuchtung in Moabit?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie viele Straßenlaternen sind derzeit funktionsuntüchtig in der Wilhelmshavener Straße in Moabit bzw. abmontiert?

Antwort zu 1:

Von den 67 Gasaufsatzleuchten in der Wilhelmshavener Straße sind derzeit 25 nicht in Betrieb.

Frage 2:

Bis wann werden diese ersetzt?

Antwort zu 2:

Die Beseitigung der Störungen an den Anlagen soll kurzfristig erfolgen. Es ist beabsichtigt, die Arbeiten bis Ende der 10. Kalenderwoche 2019 abzuschließen.

Frage 3:

Warum ist wieder keinerlei Information durch Vattenfall an die AnwohnerInnen per Aushang erfolgt?

Frage 4:

Warum verpflichtet der Senat Vattenfall nicht zu entsprechenden Aushängen?

Antwort zu 3 und zu 4:

Mit dem Betrieb der öffentlichen Straßenbeleuchtung ist die Stromnetz Berlin GmbH beauftragt. Es handelt sich um die Beseitigung von Störungen und Schäden an den Beleuchtungsanlagen. Bei ca. 60.000 Vorgängen jährlich, davon allein 30.000 Störungen bei den gasbetriebenen Leuchten, ist eine Information der Bürgerinnen und Bürger durch Aushänge nicht möglich.

Berlin, den 25.02.2019

In Vertretung

Ingmar Streese
Senatsverwaltung für
Umwelt, Verkehr und Klimaschutz